

2636/J XXI.GP
Eingelangt am:04.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Oberhaiderger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend die Neustrukturierung der österreichischen Gaswirtschaft

Im Regierungsprogramm haben ÖVP und FPÖ „eine vollkommene Marktöffnung bei Gas und Strom und damit verbunden, Wahlfreiheit für Haushalte und Betriebe“ anvisiert.

Ungeachtet der Relevanz dieser Fragen ist die Regierung betreffend die Umstrukturierung der österreichischen Gaswirtschaft weitgehend untätig geblieben. Konkret bedeutet dies, dass sie bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Versorgungssicherheit sowie die möglichst kostengünstige Belieferung der österreichischen KonsumentInnen mit Gas zu gewährleisten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Um die Versorgungssicherheit mit Gas in Österreich zu gewährleisten, schlägt die SPÖ in ihrem Energiekonzept die Errichtung eines Gemeinschaftsunternehmens, in dem die OMV sowie alle Landes - und Kommunalversorger integriert sind, vor. Die Betreuung von KleinkundInnen (die Mehrheit halten die Landesgesellschaften und Kommunalen Versorger) und Großkunden (die Mehrheit hält die OMV) soll durch je eine Gesellschaft erfolgen. Supply und Transport sollen weiterhin von der OMV alleine sichergestellt werden, wobei allen Beteiligten ein Mitspracherecht in strategischen Fragestellungen (Investitionen, ausländische Bezugsverträge, Marketingstrategien) eingeräumt werden soll. Das Modell der SPÖ erhält zusätzliches Gewicht durch den Sachverhalt, dass Gasversorger (u.a. die EVN AG) durchaus an einem „österreichischen accord“ interessiert sind. Hat das BMWA Konzepte für die Gasliberalisierung erstellt oder übernimmt es die Vorstellungen der SPÖ?
2. Wenn ja, warum wurden sie noch nicht präsentiert und was sind die Inhalte?

3. Auch im Gassektor wäre - wie beim Strom - eine gesamtösterreichische Lösung sinnvoller Weise anzustreben. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten einer solchen Lösung ein?
4. Hat Ihr Ressort eine diesbezügliche Strategie ausgearbeitet?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind darin vorgesehen und welche Ziele verfolgen Sie mit dieser Strategie?
7. Durchleitungsverweigerungen führen dazu, dass bestimmte Regionen - so beispielsweise die Steiermark - auch eineinhalb Jahre nach der Liberalisierung de facto von der Öffnung des Gasmarktes ausgeschlossen sind. Welche Maßnahmen plant die Regierung um eine österreichweit einheitliche Marktöffnung zu gewährleisten?
8. Derzeit wird an einer Neuregelung des Österreichischen Gaswirtschaftsgesetzes gearbeitet. Welche Regelungen sind konkret betreffend den regulierten Netzzugang vorgesehen?
9. In der diesbezüglichen EU - Richtlinie ist Österreich zur Errichtung einer Regulierungsbehörde verpflichtet worden. Gibt es diesbezügliche Vorbereitungsarbeiten?